



DR. FRANK-WALTER STEINMEIER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 25. Oktober 2011

## **Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion am 25. Oktober 2011**

### **I. Zur Lage**

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu den nun das zweite Mal verschobenen **Entscheidungen des Europäischen Rates** sagte der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, die Außenwirkung sei „desaströs“. Dem ist nichts hinzuzufügen. Auch beim Gipfeltreffen am Sonntag blieben die meisten Fragen offen. Weder der Schuldenschnitt Griechenlands noch die Ausweitung des Rettungsschirms EFSF durch so genannte „Hebel“ konnten geklärt werden.

Auch bei der Unterrichtung der Opposition durch die Bundeskanzlerin am Montag blieb noch vieles vage. In einem zentralen Punkt allerdings – unserer Forderung, dass über die durch einen Hebel vergrößerten Risiken nicht der Haushaltsausschuss, sondern der Bundestag als Ganzes entscheiden muss – hat die Koalition gerade noch die Kurve gekriegt: Nachdem Union und FDP in der vergangenen Woche strikt leugneten, es komme zu höheren Risiken für den deutschen Haushalt, nachdem sie die Beschlüsse nach dem Motto ‚Augen zu und durch‘ im Haushaltsausschuss durchdrücken wollten, kam gestern die Kehrtwende. Wir haben durchgesetzt, dass nach einer Regierungserklärung



am Mittwoch das Plenum über die Regeln des Euro-Rettungsschirms entscheidet.

Damit wird auch klar: Die Koalition gesteht jetzt das höhere Risiko und die Haushaltsrelevanz eines Hebels ein. Vor kurzem noch haben Rainer Brüderle und Horst Seehofer rundheraus bestritten, dass die Koalition eine Vervielfachung der Garantiesumme mit Hebelmechanismen beschließen will. Dann haben sie die Opposition beschimpft, als wir auf höhere Haftungsrisiken hinwiesen. Jetzt gesteht Kauder ein, dass die Frage nach dem höheren Risiko offen ist. Es bleibt dabei: Die Koalition hat ein Problem mit der Wahrheit. Sie fällt immer wieder in dasselbe Muster. Zuerst verschweigt sie die Risiken, dann beschimpft sie diejenigen, die aussprechen, was offenkundig ist, schließlich schwenkt sie kleinlaut auf die Position der Opposition ein. So verhalten sich notorische Spieler, die beim Betrug ertappt werden. Eine seriöse Regierung darf sich so nicht verhalten. Der Vertrauensverlust ist kaum noch zu ermessen. Die schwarz-gelbe Koalition blickt in einen Abgrund.

In der Sache wird über zwei Ansätze verhandelt, um die Reichweite des Schirms zu vergrößern: Zum einen eine so genannte „Versicherungslösung“. Ein Teil des Wertes von Staatsanleihen wird durch die EFSF auf einen Ausfall versichert. So sollen Anleger einen zusätzlichen Anreiz bekommen, Anleihen von Staaten zu erwerben, die am Markt in Schwierigkeiten gekommen sind. Zum anderen wird über eine ergänzende „Investment-Zweckgesellschaft“ gesprochen, die gespeist wird durch Mittel von öffentlichen und privaten Anlegern, die ein Interesse am Euro als stabiler internationaler Währung und am europäischen Markt haben, wie zum Beispiel China oder Norwegen. Mit diesen zwei Optionen sind nicht alle Unsicherheiten auszuräumen. Ob etwa die Anleger eine Versicherungslösung annehmen werden, wird von Fachleuten sehr unterschiedlich bewertet.

Umso wichtiger ist es, immer wieder zu bekräftigen, dass der Schirm zwar notwendig ist, aber allein bei weitem nicht ausreicht, um die Krise im Euroraum



zu überwinden. Seit mehr als anderthalb Jahren fordert die SPD einen umfassenden Ansatz:

Ein Schuldenschnitt Griechenlands ist schon lange unausweichlich. Als sich die Eurogruppe im Juli nach langem Zögern zu einem Beschluss durchrang, die Banken mit einem Schnitt von 21 Prozent zu beteiligen, haben wir deutlich gemacht, dass das nicht ausreicht. Griechische Anleihen waren in den Bilanzen der Institute schon bis zu 50 Prozent abgeschrieben. Ein solcher Deal hätte die Gläubiger nicht belastet, sondern gegenüber dem Marktwert noch begünstigt. Jetzt endlich ist auch Merkel so weit, einen Schuldenschnitt von 50 Prozent zu verhandeln.

Wir fordern seit langem ein europäisches Modernisierungs- und Wachstumsprogramm. Seit Monaten beobachten wir eine Abwärtsspirale aus Rezession, neuer Verschuldung und sozialen Protesten in den Krisenländern. Wer ideologisch verbohrt ausschließlich auf staatliche Ausgabenkürzungen setzt, wird aus diesem Teufelskreis niemals ausbrechen können. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist nicht zu schaffen, wenn die Wirtschaft erstickt. Um Europas Zusammenhalt zu retten, brauchen wir einen starken Impuls von Investitionen und von Hoffnung, der dem Marshall-Plan vergleichbar ist. Diese Investitionen müssen der Realwirtschaft zugute kommen. Das Geld darf nicht von einem Finanzanleger zum nächsten wandern, es muss in Betrieben, bei Arbeitsplätzen und beim Einkommen der Menschen ankommen.

Dabei sagen wir: Investitionen in eine moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaft können nicht aus den erschöpften Staatshaushalten oder von den normalen Arbeitnehmern mit ihrer Lohnsteuer bezahlt werden. Deshalb fordern wir seit Monaten immer wieder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, aus deren Aufkommen der Aufschwung zu finanzieren ist. Im Oktober hat nun die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt. Unsere Forderung, die von Schwarz-Gelb lange bekämpft wurde, hat nun Chancen auf



Verwirklichung. Aber immer noch sendet Merkel zweideutige Signale, beteuert einerseits, sie und ihre Partei seien dafür, und dokumentiert andererseits, dass die Bundesregierung nicht handlungsfähig ist, weil der Koalitionspartner FDP nicht will.

Derselbe schwarz-gelbe Wankelmut bei der Regulierung der Finanzmärkte, die wir brauchen, um die Krise langfristig und nachhaltig zu bekämpfen. Die SPD dringt seit Jahren darauf, die Gefahr zu erkennen und zu handeln – seit Helmut Schmidts Warnung vor dem „Raubtierkapitalismus“, seit Franz Münteferings Kritik an der Heuschreckenpraxis der Hedge-Fonds, seit den unter Leitung von Joachim Poß ausgearbeiteten Vorschlägen zur Begrenzung von Managerbezügen, seit dem von Peer Steinbrück und mir vorgelegten Aktionsplan für neue Regeln auf den Finanzmärkten. In der Großen Koalition hat Merkel viel verhindert. Seit Schwarz-Gelb regiert, ist die Regulierung vollständig erlahmt.

Wir müssen dafür sorgen, dass der Markt dem Recht folgt, nicht das Recht dem Markt. Wir brauchen einen TÜV für Finanzprodukte, der kein Produkt zulässt, dessen Risiken nicht überschaubar sind. Der Derivatehandel ist seit 2008 nicht kleiner geworden, er beträgt ein Vielfaches des globalen Bruttosozialprodukts. Wir müssen dafür sorgen, dass Licht in den Grauen Kapitalmarkt kommt, dass alle Angebote offen, transparent und unter Aufsicht gehandelt werden. Mehr noch, der computergesteuerte Hochfrequenzhandel beträgt mittlerweile 50 Prozent des Umsatzes an den europäischen Börsen, ohne dass Menschen eingreifen, die das Risiko dieser in Nanosekunden ausgelösten Milliardenbewegungen einschätzen. Eine Transaktionssteuer kann hier dämpfend wirken. Wir brauchen nicht zuletzt eine Europäische Ratingagentur, um das Kartell amerikanischer Agenturen, die nachweislich krisenverschärfend gehandelt haben, aufzubrechen. Schließlich müssen wir künftig eine Situation verhindern, in der Banken die Regierungen erpressen, weil sie „zu groß zum Scheitern“ sind. Deshalb ist die Diskussion über ein



Stoppschild für Staatshaftung überfällig. Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste – das muss aufhören.

Wir verschweigen nicht, dass all das einen politischen Kraftakt und ein starkes Mandat durch die Wählerinnen und Wähler braucht. Eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die sich – das Koalitionsgipfelchen vergangene Woche war nur noch lächerlich – nicht einmal über die einfache Frage der Steuerpolitik einig wird, die in einer Endlosschleife streitet, von der Pflege über das Betreuungsgeld bis zur PKW-Maut, einer solchen Chaos-Koalition kann einfach niemand vertrauen, unser Land durch die schwerste Krise Europas seit Jahrzehnten zu führen.

Die SPD wird in unseren europäischen Nachbarländern längst nicht mehr nur als Opposition wahrgenommen, sondern als ein stabilisierender Akteur, als ein Garant von Vernunft und Verlässlichkeit. Wenn wir in dieser Woche über die Zukunft des Euro und der europäischen Einigung entscheiden, werden wir uns nicht leiten lassen vom Unvermögen der schwarz-gelben Koalition oder von der Unehrllichkeit in den Reihen von CDU, CSU und FDP. Es geht um weit mehr, als das zu bestrafen.

Wir stimmen nicht für eine Bundesregierung, die versagt, wir stimmen für ein Europa, das in dieser kritischen Stunde nicht versagen darf.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

## II. Zur Woche

*Durch eine kurzfristige Änderung der Tagesordnung wurde die 2./3.Lesung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationstechnischer Regelungen und die Beratung der SPD-Anträge zu Verbraucherschutz, Netzneutralität und Breitbandausbau von der letzten auf diese Sitzungswoche verschoben. Die Zusammenfassung der SPD-Positionen sind zu finden unter [http://intranet.spd.frak/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,2182,00.htm](http://intranet.spd.frak/cnt/rs/rs_rubrik/0,,2182,00.htm)*

### Zum Europäischen Rat am 26. Oktober 2011

Die Refinanzierungskrise in einzelnen Staaten der Eurozone bedroht die Stabilität der Eurozone als Ganzes. Um diese Krise zu lösen, bedarf es eines umfassenden und glaubwürdigen Gesamtkonzeptes. Dazu gehört der Umbau der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion, ein tragfähiges und nachhaltiges Wachstums- und Konsolidierungsprogramm für Griechenland sowie ein wirksames und konsequentes Lösungspaket zur Regulierung des Banken- und Finanzsektors. Sonst drohen weitreichende Folgen für die Realwirtschaft. Die Konsolidierung der Staatshaushalte kann nur durch einen intelligenten Dreiklang aus mehr Wachstum, Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen zugleich gelingen. Ein Lösungspaket zur Rekapitalisierung von Banken muss zwingend von einer umfassenden Banken- und Finanzmarktregulierung begleitet werden. Der Europäische Rat am 26. Oktober 2011 muss dazu genutzt werden, um über kurzfristiges Krisenmanagement hinaus die Ursachen der Krise zu bekämpfen.

In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf:

- Den von der Refinanzierungskrise betroffenen Ländern soll mit einer wirksamen und **nachhaltigen Wachstumsstrategie** geholfen werden. Eine **Umschuldung Griechenlands** muss von umfassenden Strukturreformen und weiteren Unterstützungsmaßnahmen begleitet werden. Private Gläubiger müssen einen substanziellen Beitrag zur Umschuldung leisten.
- Mit einer verpflichtenden **Rekapitalisierung europäischer Banken** sollen Verwerfungen auf den Finanzmärkten infolge des Schuldenschnitts vermieden werden. Können sich Banken kein Eigenkapital auf dem

Finanzmarkt beschaffen, muss eine Zuführung durch die Mitgliedstaaten erfolgen. Im Gegenzug sollen die Staaten direkte Kontroll- und Mitwirkungsrechte erhalten. Gewinne müssen dem Steuerzahler zugutekommen, bis das staatliche Kapital zurück geführt worden ist.

- Mit einer **Finanztransaktionssteuer** soll der Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden. Ist eine Durchsetzung in der Europäischen Union nicht möglich, ist die Steuer in der Euro-Gruppe oder in einem Zusammenschluss mehrerer Einzelstaaten einzuführen.
- Die **Finanzmärkte müssen stärker reguliert werden**. Notwendig sind höhere Eigenkapitalquoten der Banken, eine Trennung von Investment- und Commercialbanking, ein geordnetes Insolvenzverfahren für systemrelevante Finanzmarktakteure, das Verbot hochspekulativer Geschäfte sowie verstärkte Transparenz und Aufsicht über Finanzgeschäfte.
- Die Währungsunion muss zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten **Wirtschafts- und Fiskalunion** ausgebaut werden. Neben der Geldpolitik sollen die Mitgliedsstaaten ihre Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitiken koordinieren. Eine stärkere Kontrolle und direkte Einflussnahme der Europäischen Union auf die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten ist erforderlich. Ausgeglichene Leistungsbilanzen und eine europäische Wirtschaftsregierung sind das Ziel.
- Die **Unternehmensbesteuerung** muss durch die Einführung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Steuerkorridore stärker koordiniert werden.
- Ein **europäisches Wachstumsprogramm** und eine europäische Förderpolitik zur Wirtschaftsentwicklung sind notwendig.
- Mögliche **Vertragsänderungen für eine neue Wirtschafts- und Währungsunion** dürfen sich nicht nur an Schuldenabbau und Strukturreformen orientieren, sondern müssen vor allem Wachstumsoptionen im Blick haben. Eine parlamentarisch kontrollierte Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken ist notwendig.

### **Investitionsstrategie zur Stärkung der Konjunktur**

Die konjunkturelle Lage in Deutschland wendet sich. Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostiziert einen Wachstumseinbruch: Für das letzte Quartal 2011 wird von einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung ausgegangen. Und im nächsten Jahr ist nur noch ein reales Wachstum von 0,8 Prozent zu erwarten. Die europäische Schulden- und Vertrauenskrise führt zu Unsicherheiten bei Unternehmen und Verbrauchern. So greift die Finanzkrise auf die Realwirtschaft über. Wir brauchen daher eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Die Binnennachfrage muss gezielt gestärkt werden. Gleichzeitig erfordert der weiterhin strukturell unterfinanzierte Staatshaushalt einen finanzpolitischen Konsolidierungskurs. Ungedeckte Steuersenkungen müssen verhindert werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine Investitionsstrategie zur nachhaltigen Stabilisierung der Konjunktur vorzulegen. Es soll Investitionen in die Modernisierung der Verkehrs-, Energie und Telekommunikationsinfrastruktur, Bildung und Qualifizierung sowie Forschung, Entwicklung und Innovationen umfassen. Investitionen von Unternehmen, vor allem in Energie- und Ressourceneffizienz, sollen steuerlich gefördert werden. Zudem fordern wir, dass die Bundesregierung auf ungedeckte Steuersenkungen verzichtet und stattdessen für solide Staatsfinanzen sorgt. Sie soll außerdem ein Gesetz vorlegen, mit dem die Kurzarbeiterregelung als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik eingeführt wird.

### **Kinderschutz verbessern**

Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eltern und ihre Kinder müssen frühzeitig gestärkt und gefördert werden. Ein umfassendes Gesamtkonzept ist notwendig, um den Kinderschutz weiterzuentwickeln und präventive Angebote zu stärken. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies würde der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Rechnung tragen. Zudem brauchen wir ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz, das Initiativen auf Länderebene ergänzt. Bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen zur

Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, zur Stärkung der frühen Förderung und früher Hilfen und zur Förderung eines gesunden Aufwachsens sollen geschlossen werden. Die Leistungen zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie müssen weiterentwickelt werden. Die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Hebammen mit Zusatzqualifikation (so genannten Familienhebammen) müssen verbessert werden, um Eltern zu unterstützen, die besondere Belastungen zu tragen haben. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige und die mittel- und langfristige Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Eltern-Kind-Zentren. Die Jugendhilfestatistik ist um relevante Merkmale zu erweitern. Schließlich fordern wir, dass dem Bundestag Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorgelegt werden.

### **Soziale Sicherung in der Entwicklungspolitik ausweiten**

Rund 80 Prozent der Weltbevölkerung leben ohne Absicherung gegen elementare Lebensrisiken. Der Auf- und Ausbau nachhaltiger sozialer Sicherungssysteme ist daher für die Armutsbekämpfung und die Stabilisierung von Ländern mit einem hohen Anteil an armen Menschen von zentraler Bedeutung. Internationale Konventionen und die Millenniumsentwicklungsziele sowie die ILO und die UN-Initiative für einen universellen sozialen Basisschutz („Social Protection Floor“) fordern dies. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Aufbau von Systemen solidarischer sozialer Sicherung zum integralen Bestandteil deutscher Entwicklungspolitik zu machen. Die Förderung von Good Governance Strukturen, effizienten Verwaltungs- und Steuersystemen sowie die Budgethilfe sind dabei Grundvoraussetzung. Die Bundesregierung soll sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Anerkennung des „Social Protection Floor“-Konzepts einsetzen. Soziale Sicherheit muss als Menschenrecht im neuen Menschenrechtskonzept verankert werden. Eine Strategie zu globalen Gesundheitsfragen ist dringend notwendig, um den Auf- und Ausbau diskriminierungsfreier, effizienter, ganzheitlicher und solidarischer Gesundheitssysteme voranzutreiben. Sie sind ein Schlüssel zur Verringerung des Armutsrisikos. Auf europäischer Ebene soll auf eine bessere Kohärenz und

Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit hingewirkt werden. Dem Bundestag soll über das deutsche Engagement und die Fortschritte beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme in der Entwicklungszusammenarbeit Bericht erstattet werden.

### **Kündigungsschutz für unter 25-Jährige ausweiten**

Bei der Berechnung der Kündigungsfrist werden bislang Beschäftigungszeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs einer Arbeitnehmerin und eines Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt. Diese Schlechterstellung ist mit dem europäischen Verbot der Altersdiskriminierung nicht zu vereinbaren. Daher hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass diese gesetzliche Regelung nicht mehr angewendet werden darf. Um Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen, schlagen wir in unserem Gesetzentwurf die Aufhebung der Norm vor. Das Prinzip, die Dauer der Kündigungsfrist an die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu koppeln, bliebe damit weiter bestehen. Aber die Betriebstreue jüngerer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen würde nicht mehr schlechter bewertet, als die der älteren Beschäftigten.

### **Versorgung von Soldatinnen und Soldaten bei besonderen Auslandsverwendungen verbessern**

Das Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetz hat wesentliche Fortschritte für Soldatinnen und Soldaten und ihre Angehörigen gebracht. Mit der Rückdatierung auf den Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr werden nun alle Betroffenen erfasst und gleichbehandelt. Die einmalige Entschädigungszahlung für Getötete und Schwerstgeschädigte, die das Soldaten- und Beamtenversorgungsgesetz regelt, wurde bisher allerdings nicht rückdatiert. In unserem interfraktionellen Entschließungsantrag fordern wir daher gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen die Bundesregierung dazu auf, dies nun im Zuge der Begleitgesetzgebung zur Reform der Bundeswehr zu überprüfen. Es muss eine angemessene Stichtagsregelung geben. Damit soll eine Ungleichbehandlung der Betroffenen verhindert werden.

### **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickeln**

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union stagniert. Bislang gibt es weder eine gemeinsame strategische Positionierung, noch ist die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 umgesetzt worden. Auch die Bundesregierung treibt den Prozess der GSVP nicht voran. Und bei der Reform der Bundeswehr spielt eine integrierte europäische Sicherheitspolitik nur eine untergeordnete Rolle. Dabei ist ein neuer Impuls dringend notwendig. Er kann auch von einer kleinen Gruppe von Staaten ausgehen. Um den Zerfall der GSVP zu verhindern, muss die Bundesregierung nun entschlossen handeln. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das Projekt einer europäischen Integration von Sicherheit und Verteidigung durch die Gründung einer Vorreitergruppe voranzubringen, der Frankreich und Polen angehören. Durch „Pooling“, „Sharing“ und Arbeitsteilung sollen weitere Synergieeffekte erzielt werden. Ein strategisches Leitprogramm muss den Umfang der zivilen und militärischen Kräfte und deren Zusammenwirken regeln. Eine gemeinsame Verteidigungsplanung muss eingeführt und vermehrte Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedsstaaten bei der Koordinierung militärischer Fähigkeiten angestoßen werden. In bestimmten Fähigkeitsbereichen ist auf gemeinsame europäische Streitkräfte hinzuwirken. Als Nukleus für eine europäische Armee könnten bereits vorhandene EU-Strukturen genutzt werden. Zudem soll eine europäische Rüstungsexportpolitik auf den Weg gebracht werden.

### **Verbraucherinformation reformieren**

Transparenz und Verbraucherinformationen sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Die von der SPD eingeforderte Evaluierung des Verbraucherinformationsgesetz (VIG) hat gezeigt, dass bisherige Regelungen dafür nicht ausreichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das VIG zu überarbeiten. Behörden müssen verpflichtet werden, aktiv zu informieren und ihre Untersuchungsergebnisse kostenfrei im Internet zu veröffentlichen. Die Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle sollen am Eingang eines Lebensmittelbetriebes mit dem „Smiley“-System dokumentiert werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen einen gesetzlichen

Informationsanspruch gegenüber Unternehmen haben, der insbesondere Transparenz hinsichtlich Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Eigenkontrolle schafft. Das Auskunfts- bzw. Akteneinsichtsrecht muss verbraucherfreundlich und unbürokratisch ausgestaltet werden. Auskünfte sollen kostengünstig und in angemessener Frist erfolgen. Dabei müssen die Ausnahmen vom Grundsatz der Akteneinsicht überarbeitet und eng gefasst werden. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist auf alle Produkte und Dienstleistungen auszudehnen. Auch die Anbieterseite muss einbezogen werden. Mittelfristig sollen Informationsfreiheitsgesetz, Umweltinformationsgesetz und Verbraucherinformationsgesetz in einem konsistenten Rahmen zusammengeführt werden.

### **Lebensmittelverschwendung eindämmen**

Auf jeder Stufe der Warenkette werden brauchbare Nahrungsmittel weggeworfen. Diese Verschwendung hat weltweite soziale und ökologische Folgen. Die Bundesregierung hat Ende letzten Jahres eine Untersuchung zur Lebensmittelverschwendung angekündigt. Sie soll erstmals Zahlenmaterial über Art und Menge der jährlich weggeworfenen Lebensmittel liefern. Die Ergebnisse sollen jedoch erst Anfang nächsten Jahres vorliegen. Doch schon jetzt besteht dringender Handlungsbedarf. Daher fordern wir in unserem Antrag von der Bundesregierung eine Gesamtstrategie gegen Lebensmittelverschwendung. Gemeinsam mit Herstellern, Händlern und Verbrauchern müssen Maßnahmen entwickelt werden. Auch eine breite öffentliche Aufklärung über das Problem ist vonnöten. Eine wissenschaftliche Untersuchung soll Verständlichkeit und Auswirkungen des Mindesthaltbarkeitsdatums untersuchen, zu dem Alternativen entwickelt werden müssen. Auch der Zugang zu weggeworfenen Lebensmitteln für Bedürftige ist relevant. Und schließlich fordern wir gemeinsame Strategien auf europäischer Ebene.